

Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.06.2020
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Dr. Christopher Schmidt

Frau Ursula Schwarz

Frau Doris Grote

Vertretung für: Frau Annette Glage

Frau Ute Algier

Herr Christian Mann

Frau Constanze Rode

Frau Ulla Lange

Frau Caerstin Hunger

Herr Rolf-Dieter Pahl

Herr Heino Dittmayer

Herr Sven Wendorf

Vertretung für: Herrn Christian Waldheim

Herr Toni Köppen

Vertretung für: Frau Maren Berger

Herr Hans-Georg Becker

Frau Brigitte Osterloh

Herr Hans Jeenicke (Kreissenorenbeirat)

Frau Jutta Altenhöner (Behindertenbeauftragte)

Herr Rainer Schuchardt

Herr Michael Knapp (Geschäftsführer Jobcenter Kreis Segeberg)

Herr Stefan Stahl stellv. Geschäftsführer Jobcenter Kreis Segeberg)

Herr Dr. Clemens Veltrup (Landesverein für Innere Mission)

Herr Joachim Behm

Frau Karin Löhmann (FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit)

Herr Jörn Giesecke (FDL Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten Soziales und Integration)

Herr Hauke Heinze (FDL Eingliederungshilfe für Minderjährige)

Frau Jannika Schätzer (Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten Soziales und Integration (Protokoll))

Abwesende:

Frau Annette Glage -
Herr Christian Waldheim -
Frau Maren Berger -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2020
- 3 Berichte der Verwaltung I
 - 3.1 Bericht des Jobcenters zu rehapro, "Familien nach vorn!" sowie den weiteren Zusammenarbeitsformen mit dem Fachbereich III
Vorlage: DrS/2020/120
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2020/126
 - 4.1.1 Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2020/126-1
 - 4.2 Beschlussfassung über die Wahl der/des ehrenamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
 - 4.2.1 Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
hier: Vorstellung der Bewerber*innen
Vorlage: DrS/2020/078
 - 4.2.2 Beratung und Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
 - 4.2.3 Bekanntmachung der Abstimmung Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg

- 4.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer Telefon-Hotline für Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörigen
Vorlage: DrS/2020/128
- 4.4 Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf . Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
 - 4.4.1 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046
 - 4.4.2 Bericht zur Drucksache/2020/046 (Gemeinschaftsunterkunft) für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-1
 - 4.4.3 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-2
- 4.5 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Beauftragung eines Sicherheitsdienstes
Vorlage: DrS/2020/075-1
- 4.6 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Durchführung der vom Kreis vertraglich bzw. projektbezogen geförderten Dienste und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge
Vorlage: DrS/2020/096
- 5 Bericht der Verwaltung II
 - 5.1 Schlüsselkennzahlenbericht I/2020
Vorlage: DrS/2020/090
- 6 Verschiedenes
 - 6.1 Informationen und Anfragen
 - 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II
- 8 Bezuschussung des Frauenhauses Norderstedt infolge der Corona-Pandemie
Vorlage: DrS/2020/147

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende teilt mit, dass TOP 4.6 (Auswirkungen der Corona-Krise auf die Durchführung der vom Kreis vertraglich bzw. projektbezogen durchgeführten Dienste und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsfürsorge, DrS/2020/090) aus terminlichen Gründen vorgezogen werden müsse. Zudem sei der kurzfristig eingestellte TOP 8 durch Dringlichkeit begründet und solle ebenfalls zu Beginn der Sitzung behandelt werden.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2020

Die Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2020 liegt noch nicht vor.

zu 4.6 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Durchführung der vom Kreis vertraglich bzw. projektbezogen geförderten Dienste und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge Vorlage: DrS/2020/096

Herr Dr. Veltrup vom Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein berichtet, dass man die Angebote während der aktuellen Situation ausgeweitet habe und man nun an sieben Tagen in der Woche erreichbar sei. Man sei davon ausgegangen, dass das Angebot stärker genutzt werden würde als es tatsächlich der Fall war. Herr Dr. Veltrup regt an, den Beschluss nicht in dieser Sitzung zu fassen, da man abwarten müsse, wie sich die Corona-Lage weiterentwickelt.

Frau Löhmann erklärt, dass es eine Vielzahl an Dienstleistern gebe und für alle Seiten Planungssicherheit bestehen müsse, sodass ein Beschluss auf Basis der heutigen Erkenntnisse wichtig sei. Der Beschluss sei im Jugendhilfeausschluss bereits einstimmig ergangen und die Dienstleister seien froh über dieses Ergebnis gewesen. Bei signifikanten Änderungen werde dieses Thema noch einmal zur Beschlussfassung vorgelegt. Zunächst sei es aber wichtig, in einem ersten Schritt die Duldung eines Corona-bedingten, förderungsunschädlichen Ausfalls von Leistungen von bis zu 10 % zu garantieren.

Der Vorsitzende sagt zu, es würden regelmäßige Abfragen zum aktuellen Stand erfolgen, um angepasste Lösungen zu finden. Wichtig sei ein Aufrechterhalten der vorhandenen Infrastrukturen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg duldet im Jahr 2020 bei vertraglich bzw. projektbezogen geförderten Diensten und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge einen Corona-bedingten, förderungsunschädlichen Ausfall von Leistungen von bis zu 10 %. Davon ausgenommen sind investive Förderungen.

Es handelt sich um eine Antragsleistung bei Corona-bedingt verminderten Leistungsumfängen. Vorrangig obliegt den Zuwendungsempfängern selbst die uneingeschränkte Pflicht, durch eigenes Handeln den Leistungsausfall zu verringern und alle ihnen möglichen Maßnahmen zur Kosten- und Schadensminderung umzusetzen sowie dieses dem Kreis gegenüber nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 8 Bezuschussung des Frauenhauses Norderstedt infolge der Corona-Pandemie Vorlage: DrS/2020/147

Herr Giesecke stellt klar, dass für die Dauer von sechs Monaten monatlich 4.000,00 € anfallen würden. Herr Mann gibt zu bedenken, dass es sich um einen Dringlichkeitsantrag aufgrund des höheren Gewaltpotentials durch die Corona-Situation handele und daher zunächst nur eine kurzfristige Finanzierung notwendig sei. Die Dringlichkeit sei mit einer Finanzierung für zunächst drei Monate beseitigt und man könne im kommenden Ausschuss noch einmal darüber beraten. Frau Hunger schlägt vor, nach der Sommerpause eine*n Vertreter*in des Frauenhauses in den Sozialausschuss einzuladen.

Beschlussvorschlag:

Die Diakonie Hamburg-West/Südholstein erhält für die Schaffung und den Betrieb von vier weiteren externen Plätzen im Frauenhaus in Norderstedt einen Zuschuss in Höhe von 12.000 € für die Monate Juli, August und September 2020.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3 Berichte der Verwaltung I

zu 3.1 Bericht des Jobcenters zu rehapro, "Familien nach vorn!" sowie den weiteren Zusammenarbeitsformen mit dem Fachbereich III Vorlage: DrS/2020/120

Zu dem schriftlichen Bericht des Jobcenters gibt es keine Fragen. Der Vorsitzende hofft, bei Zeiten die ausführlichen Berichte und die Durchführung eines Sozialausschusses im Jobcenter in Kaltenkirchen nachholen zu können.

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2020/126

Siehe 4.1.1

zu Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg 4.1.1 Vorlage: DrS/2020/126-1

Die Fraktionen haben im Vorfeld zum Sozialausschuss informell über die notwendigen Anpassungen der Geschäftsordnungen beraten. Hervorzuheben sei, dass man den/die Beauftragte/n für Menschen mit Behinderungen in den/die Beauftragte/n für Menschen mit Beeinträchtigung umbenennen wolle. Zu diesem Begriff gebe es einen Vermerk von Herrn Luckow, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Kreisverwaltung, der diesem Protokoll als Anlage beigefügt werde. Viele Anpassungen seien redaktioneller Art, da man sich ein Team von bis zu drei Personen als Beauftragte für Menschen mit Beeinträchtigung vorstellen könne (vgl. § 1 Abs. 1 GO).

Mit dem Rechtsamt sei laut Frau Löhmann zu § 2 Abs. 5 GO abgestimmt, dass der/die Beauftragte/n bzw. die Teammitglieder im Gegensatz zum/r Vorsitzenden eines Beirates nicht an nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten des Sozialausschusses oder der anderen Gremien teilnehmen dürfte/n. Der jeweilige Ausschuss könne beschließen, sie als Sachkundige im Sinne des § 16 b Abs. 2 KrO anzuhören. Auch in diesem Falle dürfe der/die Beauftragte nicht an der Aussprache und an der Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen. Ein Zugriff auf die nicht öffentlichen Vorlagen in Allris dürfe ebenfalls nicht gewährt werden.

Beschlussvorschlag:

Zu § 4 Abs. 1 (Zugriff der/s Beauftragten auf den öffentlichen Teil von Allris) besteht Einvernehmen, dass dieser Absatz gestrichen werden kann, weil jedermann Zugriff auf den öffentlichen Teil von Allris hat.

In § 2 Abs. 8 soll gemäß Verwaltungsvorlage ergänzt werden, dass die Teammitglieder zwar gleichberechtigt sind, jedoch unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte haben sollen.

Zu § 6 Abs. 4 wird der Änderungsvorschlag eingebracht, dass „erwartet wird, dass die zum/r Beauftragte/n für Menschen mit Beeinträchtigung zu bestellende Person einen Bezug zum Kreis Segeberg hat.“ Auch „soll sie kein Mitglied des Kreistages oder seiner Ausschüsse sein“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
Die Grünen	1	1		2
FDP	1			1
AFD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	10	2		12

Frau Löhmann erklärt, dass der Kreistag als das höchste Entscheidungsorgan des Kreises die Letztentscheidung über die zu bestellende/n Beauftragte/n treffe und der Sozialausschuss lediglich einen Vorschlag für die Personalie machen könne, von dem der Kreistag abweichen könne.

Pause: 19:30 – 19:45

Beschlussvorschlag:

Im Sozialausschuss herrscht Einigkeit darüber, dass der Kreistag den Bestellungsbeschluss abschließend trifft und vom Vorschlag des Sozialausschusses abweichen kann. Für § 6 Abs. 6 wird aus Klarstellungsgründen folgende Formulierung für einen neuen zweiten Satz zur Abstimmung gestellt: „Der Kreistag kann dabei weitere Personen vorschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
Die Grünen		2		2
FDP	1			1
AFD			1	1
WI-SE			1	1
Gesamt	5	5	2	12

Beschlussvorschlag:

Auf Empfehlung des Sozialausschusses und des Hauptausschusses beschließt der Kreistag die Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung – jetzt für Menschen mit Beeinträchtigung – des Kreises Segeberg unter Einbeziehung der aus dem Protokoll hervorgehenden Änderung zu § 4 Abs. 1 und den extra Abstimmungen zu § 6 Abs. 4 und Abs. 6.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AFD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

zu 4.2 Beschlussfassung über die Wahl der/des ehrenamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg

Die Kandidaten für die Position des/r Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigung möchten vor der Wahl die Möglichkeit haben, die geänderte Geschäftsordnung in Augenschein zu nehmen, um zu entscheiden, ob sie weiterhin zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Wahl auf die Sitzung nach der Sommerpause zu verschieben, und den Kreistag darum zu bitten, Frau Jutta Altenhöner interimsmäßig als Beauftragte für Menschen mit Beeinträchtigung zu bestellen.

Beschlussvorschlag:

Frau Altenhöner nimmt die Aufgaben gem. GO wahr, bis eine Bestellung des/r Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigungen stattgefunden hat

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.2.1 Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg hier: Vorstellung der Bewerber*innen Vorlage: DrS/2020/078

- entfällt -

zu 4.2.2 Beratung und Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg

- entfällt -

zu 4.2.3 Bekanntmachung der Abstimmung Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg

- entfällt -

zu 4.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer Telefon-Hotline für Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörigen Vorlage: DrS/2020/128

Herr Mann sieht den Antrag der CDU-Fraktion als Prüfauftrag für die Verwaltung, welche Beratungsangebote es bereits gibt. Im kommenden Ausschuss soll darüber berichtet werden. Frau Altenhöner gibt zu bedenken, dass die Hotline grundsätzlich eine gute Idee sei, aber sich dieses Angebot an alle Menschen richten müsse, da Inklusion heiße, dass man einer unter Vielen ist. Herr Mann entgegnet, dass die Hotline explizit auch für die Angehörigen von Menschen mit Beeinträchtigungen zur Verfügung stehen solle. Herr Köppen merkt an, dass eine solche Hotline ggf. gar nicht notwendig sei, da es die einheitliche Behördennummer 115 gebe.

Frau Löhmann bittet um Behandlung dieses Themas im Frühherbst, da für den Prüfauftrag mehrere Fachdienste beteiligt werden müssten und dies in der Urlaubszeit nicht so schnell möglich sei. Zudem sei es sinnvoll, hierfür die Fachdienstleiter direkt mit de/r/m/n Beauftragte/n für Menschen mit Beeinträchtigung in Kontakt zu bringen. Frau Grote hält es für wichtig, den Prüfauftrag bereits jetzt zu erteilen, damit man im Herbst schon einen Schritt weiter sei und erste Ergebnisse habe. Frau Altenhöner könne bis zur Bestellung des/r Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigung in die Prüfung eingebunden werden.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge prüfen, unter welchen Voraussetzungen schnellst möglich eine Telefon-Hotline für Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörigen eingerichtet werden kann, entsprechend der Notrufnummer 116117.

Die Verwaltung möge ferner prüfen, ob die Finanzierung einer solchen Telefon-Hotline z.B. aus dem Corona-Hilfsfond für die Gesundheitsämter in Zusammenarbeit mit Land und Bund erfolgen kann, sowie die Möglichkeit auf weitere externe Zuschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	1	2		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

zu 4.4 Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf. Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung

Die TOP 4.4.1, 4.4.2 sowie 4.4.3 wurden simultan diskutiert. Die Freien Wähler sprechen sich dafür aus, ein Interessenbekundungsverfahren mit dem Ziel der Vergabe im Wettbewerb, also der öffentlichen Ausschreibung durchzuführen. Herr Giesecke entgegnet, dass bei einer Ausschreibung im Teilnahmewettbewerb jeder Bewerber zwingend ein eigenes Konzept entwickeln müsse, man aber wolle, dass das Konzept des Kreises umgesetzt werde. Daher solle keine Ausschreibung, sondern lediglich vorab eine Interessenabfrage bei den Dienstleistern und anschließend eine Zuwendung erfolgen. Bei einer Zuwendung könne der Kreis das Konzept und die Kosten selbst festlegen. Bei einer Ausschreibung dürfe man vorab nicht mit den möglichen Anbietern sprechen. Einen Methodenmix dürfe es vergaberechtlich nicht geben. Frau Löhmann weist darauf hin, dass im Falle einer Ausschreibung das Konzept und der Betrieb der Einrichtung ausgeschrieben werden müssten.

zu 4.4.1 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung, Vorlage: DrS/2020/046

Über die in der Beschlussvorlage aufgeführten Punkte wird einzeln abgestimmt. Punkt a) wurde bereits im vorangegangenen Sozialausschuss behandelt. Punkt c) wird unter TOP 4.4.3 zur Abstimmung gestellt. Es wird sich auf folgende Formulierung für Punkt b) geeinigt:

Beschlussvorschlag:

b) Ab dem 01.11.2022 übernimmt der Kreis Segeberg die Aufgabe der Hausleitung selbst. Die Kreisverwaltung wird gebeten, ein Stellenprofil zu erstellen und die Stelle zu bewerten. Die Stelle soll erstmalig in den Stellenplan für 2022 eingespeist werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	7	5		12

**zu 4.4.2 Bericht zur Drucksache/2020/046 (Gemeinschaftsunterkunft) für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-1**

**zu 4.4.3 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-2**

Der Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler wird im Einvernehmen verändert, sodass Punkt c) die folgende Formulierung erhält:

Beschlussvorschlag:

c) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Betreuungskonzeptes ab 01.11.2020 öffentlich auszuschreiben. Die Verwaltung legt dem Sozialausschuss vorher das Konzept zur Zustimmung vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE			1	1
Gesamt	10		2	12

**zu 4.5 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Beauftragung eines Sicherheitsdienstes
Vorlage: DrS/2020/075-1**

Auf Nachfragen erklärt Herr Giesecke, dass die Kriterien für den Sicherheitsdienst qualifiziertes Personal mit interkultureller Kompetenz seien. Die psychosoziale Betreuung der Bewohner sei kein Kriterium, da dies in der Zuständigkeit der Johanniter liege. Da vergaberechtlich in einem ersten Schritt nur die Angebote derjenigen Bewerber zugelassen würden, die die in der Ausschreibung verlangten vorgenannten Kriterien erfüllen, seien für den Zuschlag im zweiten Schritt lediglich die Kosten ausschlaggebend. Wenn eine Verlängerung der Anwesenheitszeiten gewünscht sei, müsse man die Kosten neu ermitteln. Grundsätzlich halte er die Anwesenheitszeiten jedoch für ausreichend, da das Vorhandensein eines Sicherheitsdienstes bereits ein anderes Verhalten und ein anderes Gefühl bewirke.

Herr Mann wirft ein, dass die Notwendigkeit eines Sicherheitsdienstes fraglich sei, da laut Auskunft der Kreisverwaltung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion in der Vergangenheit recht wenig Einsätze verzeichnet worden seien. In 2018 habe es beispielsweise lediglich eine dokumentierte Körperverletzung gegeben. Frau Löhmann entgegnet, dass diese Zahlen lediglich die Vergangenheit wiedergäben und sich unter anderem durch die Reaktivierung des LeVo-Parks nun eine andere

Situation ergäbe. Frau Grote weist auf das Vorhandensein eines Sicherheitsdienstes und der Polizei im LeVo-Park hin, die im Bedarfsfall einschreiten können. Herr Mann ergänzt, dass er eine Ausschreibung für fünf Jahre für zu lang halte, da man die Entwicklungen nicht absehen könne. Herr Köppen stellt daraufhin den mehrheitlich angenommenen Antrag, dass der Sicherheitsdienst lediglich für drei Jahre, vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2023, erfolgen solle.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Ausschreibungsverfahren „Sicherheitsdienst für die Gemeinschaftsunterkunft in Schackendorf“ vorzubereiten und durchzuführen. Die Leistungsbeschreibung soll die Anwesenheit des Sicherheitsdienstes an den Wochenenden (freitags bis montags) von jeweils 20.00 bis 05.00 Uhr sowie zweimal wöchentlich werktags jeweils vier Stunden im Zeitraum von 20.00 bis 05.00 Uhr festschreiben. Zuschlagskriterium soll allein der Preis sein. Für das Jahr 2020 werden Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2021 bis 2023 sind jeweils 140.000 € jährlich im Haushalt bereitzustellen. Hinweis: Dieser Beschlussvorschlag ersetzt den Beschlussvorschlag der Vorlage DrS/2020/075.“

Antrag der Fraktion WI-SE:

Die Ausschreibung des Sicherheitsdienstes erfolgt statt für fünf Jahre lediglich für drei Jahre (2021 – 2023).

Beschlussvorschlag:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Ausschreibungsverfahren „Sicherheitsdienst für die Gemeinschaftsunterkunft in Schackendorf“ vorzubereiten und durchzuführen. Die Leistungsbeschreibung soll die Anwesenheit des Sicherheitsdienstes an den Wochenenden (freitags bis montags) von jeweils 20.00 bis 05.00 Uhr sowie zweimal wöchentlich werktags jeweils vier Stunden im Zeitraum von 20.00 bis 05.00 Uhr festschreiben. Zuschlagskriterium soll allein der Preis sein.
2. Für das Jahr 2020 werden Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2021 bis 2023 sind jeweils 140.000 € jährlich im Haushalt bereitzustellen.

Hinweis: Dieser Beschlussvorschlag ersetzt den Beschlussvorschlag der Vorlage DrS/2020/075.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

zu 5 Bericht der Verwaltung II

zu 5.1 Schlüsselkennzahlenbericht I/2020 Vorlage: DrS/2020/090

Herr Mann fragt an, ob sich bereits eine Entwicklung zum Anstieg der Bedarfsgemeinschaften im SGB II durch die Corona-Pandemie verzeichnen lasse. Frau Schätzer gibt die Auskunft, dass ein Anstieg der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften um circa ein Drittel, also etwa 3.000 Bedarfsgemeinschaften, prognostiziert worden sei. Da die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit erst nach drei Monaten veröffentlicht würden, gäbe es noch keine aktuellen Auskünfte.

zu 6 Verschiedenes

zu 6.1 Informationen und Anfragen

Frau Löhmann teilt mit, dass der Pflegefachtag nunmehr von einer Präsenzveranstaltung zu einem Online-Fachtag, der am 31.08.2020 stattfinden soll, umorganisiert werde.

zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

In der nächsten Sitzung sollen u.a. folgende Themen behandelt werden:

- Bestellung des/r Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigung
- Prüfung der Weiterfinanzierung der vier zusätzlichen Plätze im Frauenhaus in Norderstedt

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Dr. Christopher Schmidt
(Ausschussvorsitz)

f. d. R. Frau Krüger
(Protokollführung)